

Antrag G-1

Jusos Chemnitz und Jusos Dresden

Für die Gleichberechtigung: Elternzeit geht uns alle an

1 Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen, mit dem Ziel der Übermittlung an
2 den Bundesparteitag der SPD, weiterleiten:

3 Wir fordern die Einführung eines Elternzeitkonzepts, durch welches sich die beiden Erziehungsberechtigten in glei-
4 cher Weise in die Erziehungsarbeit einbringen können. Das Elterngeld wird weiterhin für zwölf Monate gezahlt. Der
5 Anspruchszeitraum kann auf bis zu 18 Monate erhöht werden, wenn sich der zweite Elternteil mit mindestens 6 Part-
6 nermonaten an der Elternzeit beteiligt. Der Anspruchszeitraum erhöht sich – über die 12 Monate hinaus – dabei pro-
7 portional zur partnerschaftlichen Aufteilung. Die Elternzeit kann auch parallel genommen werden. Die wegfallenden
8 Einkommen, welche zuvor mindestens für 12 Monate bezogen wurden, werden zu 100 Prozent ersetzt. Die Elternzeit
9 kann in den ersten 3 Lebensjahren des Kindes genommen werden. Alleinerziehenden stehen die Monate komplett zur
10 Verfügung.

11 **Begründung**

12 Sowohl Männer als auch Frauen sind durch die praktischen Gegebenheiten der aktuellen Elternzeitgesetzgebung be-
13 nachteiligt. Durch den Mangel an Anreizen und die geringe Akzeptanz, dass Väter längere Elternzeiten nehmen, werden
14 tradierte Rollenbilder verfestigt und an die nächste Generation weitergegeben. Väter haben dadurch weniger Chancen,
15 die frühe Entwicklung ihrer Kinder zu begleiten und aktiv zu gestalten. Mütter hingegen werden aufgrund der bisher
16 bestehenden praktischen Gegebenheiten und der gesellschaftlichen Erwartungen dazu gedrängt, ihre berufliche Lauf-
17 bahn auf Eis zu legen. Dadurch entsteht ein Ungleichgewicht in der Beteiligung an der aktiven Erziehung der Kinder.
18 Beide Elternteile erfahren dadurch Nachteile. Zugleich stellt bei Bewerbungen die Erwartung potenzieller Arbeitge-
19 ber*innen, dass eine junge Frau in absehbarer Zeit aufgrund eines unterstellten Kinderwunsches durch Mutterschutz
20 und Erziehungszeit ausfallen könnte und deswegen ein Mann (unbewusst) für die Arbeitsstelle bevorzugt wird, eine
21 weitere strukturelle Diskriminierung dar, die wir abschaffen müssen. Nur dann, wenn der Ausfall von Männern und
22 Frauen nach der Geburt eines Kindes gleich wahrscheinlich ist, werden wir einen substanziellen Beitrag dazu leisten,
23 den Gender Pay Gap (Geschlechtereinkommenslücke) zu verkleinern. Gemäß Art. 3 (2) GG müssen wir die tatsächliche
24 Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile
25 hinwirken. Der vorliegende Antrag beseitigt ein massives strukturelles Gleichberechtigungsproblem.